



Rumen Radew Der General wird Staatspräsident Bulgariens.
Von Bernhard Odehnal

Politisches Kobramanöver

Seinen Sieg sieht er als Triumph der Demokratie «über Apathie und Angst». Das Ergebnis der Präsidentschaftswahlen in Bulgarien kommt zwar nicht ganz so überraschend wie jenes in den USA. Doch es gibt eine Gemeinsamkeit: Wieder gewann ein Aussenseiter ohne politische Erfahrung.

Dieses Mal kommt die Überraschung nicht von rechts aus. Der neue bulgarische Präsident Rumen Radew wurde von der sozialistischen Partei unterstützt. In der Stichwahl am Sonntag konnte er sich gegen die Kandidatin der Mitte-rechts-Regierung, Zetka Zatschewa, mit einer Mehrheit von knapp 60 Prozent durchsetzen.

Regierungschef Bojko Borissow erklärte darauf den Rücktritt seines Kabinetts. Bulgarien steuert auf vorgezogene Parlamentswahlen zu. Radew bezeichnet in seiner ersten Pressekonferenz als Staatsoberhaupt die politische Situation als «neu, aber nicht dramatisch».

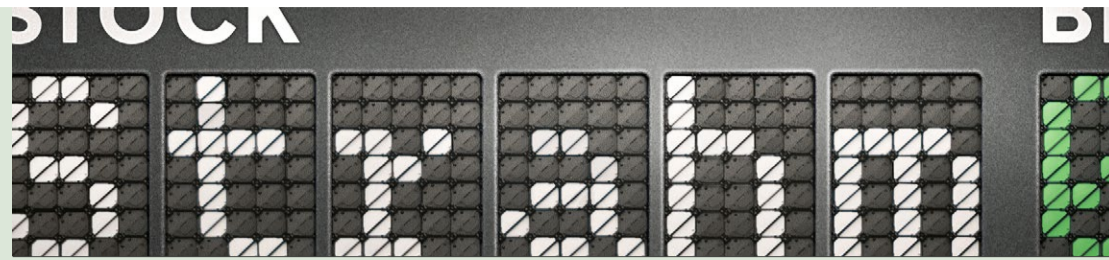
Turbulenzen ist der 53-jährige Radew gewohnt. Nur waren sie bis jetzt eher physikalischer Natur. Nach der Schule ging Radew zur Armee und wurde 1987 Kampfpilot. Später absolvierte er Zusatzausbildungen in Brüssel und den USA, flog aber weiterhin vor allem russische MiGs. Nach einer geradlinigen Militärkarriere ernannte man ihn 2014 zum Kommandanten der bulgarischen Luftstreitkräfte.

Kurz darauf wurde die Öffentlichkeit erstmals auf ihn aufmerksam: Radew organisierte eine Air-Show, bei der er selber in einer MiG-29 das «Kobramanöver» vorführte. Bei dieser extrem schwierigen Figur wird die Maschine in der Luft senkrecht gestellt, mit der Nase nach oben, wie eine drohende Kobra. Nur wenige Flugzeugtypen eignen sich für dieses Manöver, nur wenige Piloten können es ausführen.

Doch der gross gewachsene, bullige Radew gab sich mit den alten MiGs nicht mehr zufrieden. Für seine Truppe forderte er teure Kampfflugzeuge aus den USA oder Europa. So geriet er in einen Konflikt mit Regierungschef Borissow. Kurz darauf trat der General zurück - und tauchte als Präsidentschaftskandidat wieder auf.

Seinen Wahlkampf würzte er mit einer Prise Nationalismus, unter anderem forderte er geschlossene Grenzen. Dabei trat er deutlich engagierter auf als seine farblose Gegnerin. Warum Regierungschef Borissow sein politisches Schicksal so eng mit jenem seiner Kandidatin verband, versteht kaum jemand in Bulgarien.

Radew gilt als russophil, er fordert eine Aufhebung der EU-Sanktionen gegen Russland und bezeichnete die Krim als «de jure ukrainisch, aber de facto russisch». Seine Kritiker sehen darin eine stille Zustimmung zur Okkupation der Halbinsel. Vor seiner Wahl dementierte Radew, dass er besonders gute Beziehungen zu Wladimir Putin habe. Bis vor kurzem sei er ein russisches Kampfflugzeug geflogen. Studiert habe er jedoch an einer US-Akademie, und er sei ein bulgarischer General: «Mein Anliegen heisst Bulgarien.»



Kolumne Rudolf Strahm

Aufstand von unten

Man rieb sich die Augen, am Morgen nach dieser amerikanischen Präsidentschaftswahl. Kaum ein Analytiker oder Meinungsforscher hatte den Wahlschock vorausgesehen. Offensichtlich leiteten andere, tiefere Motive das Verhalten der Wählerinnen als die widerlichen Provokationen des Immobiliencycoons gegen die politische Korrektheit.

Überraschendes Wählerverhalten, das sich gegen die herrschenden Eliten richtet, haben wir indes in letzter Zeit mehrmals erlebt, mit ähnlich gelagerten «Betriebsunfällen». Am 23. Juni bewirkte der Brexit-Entscheid Grossbritanniens einen solchen Abstimmungsschock. Am 6. April sorgte das holländische Stimmvolk für die Blockierung des EU-Abkommens mit der Ukraine und stoppte damit die Brüsseler Osterweiterungspläne. Auch unser 9. Februar 2014 mit der überraschenden Annahme der Masseneinwanderungsinitiative provozierte die Konsternation der Eliten. Weitere Zitterpartien werden erwartet: bei der österreichischen Bundespräsidentenwahl Anfang Dezember und nächstes Jahr bei den Wahlen in Frankreich, Deutschland, Holland.

Die politische und intellektuelle Elite hat sich ihre eigene Meinung über diese unerwünschten Volksentscheide gezimert und diese zur herrschenden Meinung gemacht. Ihre Killerphrase heisst: Das ist Populismus! Man ortet überall Fremdenfeindlichkeit und Rassismus im Volk, man disqualifiziert die anderen als Wutbürger, als Menschen mit «niederen Instinkten», wie ein Zürcher Philosophieprofessor sagte. Und die noch amtierende Nationalratspräsidentin Christa Markwalder spitzte ihr politisches Fazit nach den US-Wahlen zu auf die ultimative Formel: «Vernunft oder Populismus!»

Existenzielle Erfahrungen und Ängste

Gewiss gibt es einen Grundstock an rassistischem und fremdenfeindlichem Gedankengut sowie eine wachsende Verbreitung von nationalistischen Geschichtsbildern. Aber diese erklären noch nicht den fundamentalen Vertrauensverlust einer ganzen Bevölkerungshälfte.

Die Medien haben meist nur die ausländer- und frauenfeindlichen, eliteverhöhrenden Ausfälle des Wahlkämpfers Trump beachtet und kolportiert. Aber sie haben übersehen, dass er zwischenhinein zutiefst existenzielle Erfahrungen von Millionen Amerikanern ansprach, etwa die Arbeitsplatzverluste durch Deindustrialisierung und die Abwanderung von Arbeitsplätzen nach Mexiko oder China, die soziale Deklassierung der hart arbeitenden Mittelschichten, die Entfremdung in den Städten, die erlebte Arroganz der globalisierten Eliten und der Wallstreet-Banker. Diese existenziellen Erfahrungen und Ängste der Menschen waren verhaltensleitend. Trump bot Sicherheit an. Die Wirkung sozialer und existenzieller Ankerangebote, die charismatische Figuren wie Donald Trump, Marine Le Pen, Nigel Farage oder auch Christoph Blocher versprechen, wird unterschätzt.

Die intellektuelle Elite befriedigt sich mit herablassenden Analysen und überheblichen Urteilen über die sogenannten Populisten, Nationalisten, Abschotter, Ausländerfeinde. Dabei bemerken die Intellektuellen gar nicht, dass sie so die anderen verletzen und erzürnen. Kein Wunder, dass die Menschen bei Meinungsumfragen nicht mehr zu ihren Stimmabsichten stehen.

In der Akademisierungsfalle

In den reichen Industriestaaten erleben wir weltweit eine extreme gesellschaftliche Auseinanderentwicklung und kulturelle Polarisierung zwischen globalisierten, akademisierten Eliten und einer pragmatischen, an ihren Familieninteressen orientierten Arbeitsbevölkerung. Die internationalistisch orientierten Eliten in Regierungen, Universitäten und Konzernen werden nicht mehr verstanden, sie stecken in einer Art kultureller Akademisierungsfalle; sie übersehen den Vertrauensverlust, den der globalisierte Kapitalismus schafft. Die gehäuften plebiszitären «Betriebsunfälle» bei Wahlen und Abstimmungen sind ein Aufstand von unten!

Globalisierung bringt beides, Wohlstand und Entfremdung. Sie nützt den einen und schadet den anderen. Meine erste Stelle als Ökonom nach der Uni trat ich bei der Welthandelskonferenz Unctad an, danach wurde ich Geschäftsleiter der Erklärung von Bern. Seit dieser Zeit bin ich mit dem Internationalismus vertraut und vertritt dezidiert die Erfahrungstatsache, dass eine Globalisierung ohne soziale und ökologische Leitplanken sowie eine freie globale Migration nicht nachhaltig sind. Das herrschende WTO-Freihandelsystem von 1995 ist sozial und ökologisch blind. Erst jetzt, nach zwei Jahrzehnten Erfahrung mit Freihandel, Massenmigration, globalem Finanzkapitalismus und Kapitalkonzentration in historischem Ausmass, kommt die politische Quittung in Form von Protektionismus und Migrationsabwehr. Diese Art von Internationalismus läuft in die Sackgasse.

Mitte- und Linksparteien verlieren

Verlierer der Hinwendung zu nationalistischen Parteien sind aber stets die politische Mitte und die aufklärerischen, linksliberalen und linken Kräfte - in der Schweiz wie anderswo.

Die Selects-Wähleranalyse der Nationalratswahlen 2015 zeigt, dass unter den Schweizer Stimmbürgerinnen und -bürgern mit einem Berufslehraabschluss - sie machen die Hälfte der Bevölkerung aus - nur noch 15 Prozent die SP wählten, aber 43 Prozent die SVP. Eine kürzlich durchgeführte Befragung von Jungen (Rekruten und gleichaltrige Frauen) ergab, dass sich 33 Prozent der Jungen heute der SVP verbunden fühlen und nur 11 Prozent der SP. Die SVP ist zur Arbeiterpartei geworden, obschon sie, programmatisch und objektiv betrachtet, nichts, aber gar nichts für die Arbeitnehmer tut.

Die Sozialdemokratie verliert jene, die sie zu vertreten meinte. Sie bedient sich heute einer elitären akademischen Sprache, welche die Medienleute vielleicht anspricht. Die meisten Menschen aber verstehen sie nicht. Die SP bewegt sich in einem akademischen Resonanzraum und lässt sich darin täglich bestätigen.

Die SP hat völlig verkannt, wie stark die Migrationsproblematik die Wähler beschäftigt. Mit dem Ideal der freien Zuwanderung hat sie die pragmatische Intelligenz und die existenziellen Interessen einer breiten Arbeitnehmerschaft schlicht ignoriert. Die Karriere-, Berufsbildungs- und Weiterbildungsbedürfnisse der nicht akademischen Arbeitnehmerschaft und der jungen Berufsrbeiter hat sie vernachlässigt. Die erfolgreiche Themenführerschaft für einen griffigen Inländervorrang auf dem Arbeitsmarkt - der notabene von der gesamten Arbeitnehmerschaft dringend gewünscht wird - überliess sie dem freisinnigen Gipsermeister Philipp Müller.

Es ist richtig, nach dem Weckruf des Trump- und Le-Pen-Traumata die eigene Strategie zu überdenken. Aber daraus nun eine neue Klassenkampfstrategie abzuleiten, wie dies in einem neuen SP-Wirtschaftsprogramm vorgesehen ist, entspringt reinem Wunschdenken. Klassenkampf würde ja ein historisch verankertes Klassenbewusstsein erfordern. Ein solches gibt es nicht mehr. Mit Klassenkampfrhetorik holt man keine Arbeitnehmer zurück.

Einen Weg zwischen ihren alten Idealen und den neuen Realitäten hat die Sozialdemokratie noch nicht gefunden.

«Die SVP ist zur Arbeiterpartei geworden.»



Rudolf Strahm

Der ehemalige Preisüberwacher und SP-Nationalrat wechselt sich mit Politgeograf Michael Hermann und mit Autorin und Schauspielerinnen Laura de Weck ab.

Journalismus Wie die Medien Trump bei seinem Sieg geholfen haben. Von Michèle Binswanger

Die Moral der Nationalisten

Es ist ein bisschen wie im Mani-Matter-Lied mit der Kuh am Waldrand. Ein Maler erspät sie am Waldrand, will sie malen, beginnt mit Hintergrund, Wald und Himmel. Als er zur Hauptsache kommt, nämlich der Kuh, ist sie verschwunden. Er winkt, er ruft, er wartet, ob nicht eine andere Kuh ihn sein Werk vollenden liesse - vergeblich. Denn die Welt «ist so perfid, dass sie sich selten oder nie nach Bildern, die wir uns von ihr gemacht haben, richtet».

Die Welt hat sich auch letzten Dienstag nicht nach den Vorstellungen der meisten Beobachter gerichtet. Und wie der Maler stehen wir konsterniert in der Landschaft und versuchen uns einen Reim auf das neue Bild zu machen: ohne Kuh, dafür mit der Ahnung, dass die Welt womöglich ganz anders ist, als wir dachten.

Das ist vor allem für die Medien ein unangenehmes Erwachen. Beinahe geschlossen geschrieben sie gegen Trump an, waren sich sicher, dass ein autoritärer Sexist nicht gewinnen kann. Nun stehen sie mit abgesägten Hosen da. Das rechte Narrativ jubelt schadenfreudig und deutet die Fehlkalkulation der Medien als Indiz für die allgemeine Wertlosigkeit ihrer Arbeit. Das linke Narrativ schlägt in dieselbe Kerbe und übt sich ansonsten in apokalyptischen Szenarien. Die Journalisten räumen ein, man hätte vielleicht mehr auf die «Abgehängten» hören müssen.

Vermutlich haben alle unrecht. Die Presse ist nicht so schlecht wie ihr Ruf. Aber es ist nicht ihre Aufgabe, die Bevölkerung zum richtigen Wahlverhalten zu erziehen. Dass es trotzdem viele versucht haben, führte direkt zu Trump.

Moralpsychologisch betrachtet, ist Trumps Wahl symptomatisch für eine politische Spaltung, die der Politphilosoph Jonathan Haidt als Differenz zwischen Nationalisten und Globalisten beschreibt. Mit zunehmendem Wohlstand entwickeln sich Gesellschaften weg von traditionellen Werten wie Religion, Ritual und Autorität hin zu säkular-rationalen Werten wie Veränderung, Selbstentfaltung, Offenheit und Schutz des Individuums - jedes Individuums, auch ausserhalb der eigenen Gruppe. Für Globalisten sind wir alle Weltbürger, ob Muslim oder Christ, Syrer oder Nigerianer. Wer das anders sieht, gilt schnell als Rassist - doch für Nationalisten gibt es Unterschiede.

Angst vor Chaos hilft den Autoritären

Globalisten belächeln Patriotismus. Nationalisten fühlen eine starke moralische Verpflichtung, ihr Land und dessen Werte zu bewahren - nicht aus Egoismus oder Überlegenheitsgefühl, sondern weil es ihr Land ist. Zu seinem Gatten steht man ja auch nicht, weil er allen anderen überlegen ist, sondern weil er eben der Gatte ist. Werden die Nationalisten in diesem moralischen Instinkt bedroht - durch eine grosse Anzahl Einwanderer mit anderen Werten oder weil die Diversitäts-Agenda der Globalisten überhandzunehmen scheint -, dann neigen sie zum Autoritarismus. Nicht weil sie um ihren Geldbeutel oder um ihre Familien fürchten. Sondern weil sie ihre Gruppe, ihre Gesellschaft in Gefahr glauben; und weil sie in einer autoritären Kraft den einzigen Weg sehen, die Entwicklung zu stoppen. Die Angst vor dem Chaos ermöglicht den starken Führer.

Die meisten Journalisten sind Globalisten. Nationalistisches Denken halten sie für verkappten Faschismus, beflügelt von Rassismus. Dabei übersehen sie, dass es unter den Nationalisten zwar Rassisten gibt, aber längstens nicht alle sind es. Sie übersehen auch, dass ihre eigene globalistische Moral Produkt von Wohlstand und Sicherheit ist, einer historischen Ausnahmesituation. Der Normalfall sind existenzielle Unsicherheit und Bedrohung. Beides fördert Gruppeneigenheit mit starkem moralischem Unterton.

Alle Ding sind Gift, allein die Dosis machts. Das gilt auch für die Risiken und Nebenwirkungen moralischer Rezepte. Wir Journalisten müssen endlich die Bedeutung nationaler Kohäsionskräfte und moralischer Gemeinschaften anerkennen. Wir müssen begreifen, dass Multikulti und Toleranz gegen andere nicht unbegrenzt gebilligt werden, sondern dass Toleranz vom Kontext abhängt. Es spielt eine Rolle, wie viele Immigranten kommen und woher, welche Werte sie mitbringen und wie sie sich integrieren. Wer den Nationalisten ihre Moral abspricht, treibt sie in die Arme eines autoritären Führers.